

**Annoncen-  
Bureau:**  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Grapsh (C. J. Alric & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt u. Friedhofstr. Ecke 4;  
in Grah bei Herrn J. Schrauf;  
in Frankfurt a. M.  
C. J. Danke & Co.

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 668.

Das Abonnement auf dieses Blatt wird  
schonende Zeit beträgt vierzehntägig für die Stadt  
Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 2 Sgr.  
Wochenscheine von 10 bis 20 Sgr. sind ebenfalls  
zu haben.

Donnerstag, 24. September

(Erscheint täglich drei Mal.)

Preis 2 Sgr. die (eigentlichste) Zeit über deren  
Raum, Kellern verhältnismäßig höher, als an die  
Abnehmer zu richten und werden für die am folgenden  
Tag Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer die 11 Sgr.  
nach Mittag angenommen.

1874.

## Amtliches.

**Berlin, 23. September.** Der Kaiser hat im Namen des deutschen Reichs den hies. Ober-Maschinenmeister a. D. August Wöhler zum Eisenbahn-Direktor und Mitgliede der General-Direktion der Eisenbahnen in Ost- und Westpreußen ernannt.

Der König hat den hies. ord. Prof. an der R. russischen Universität zu Odessa Dr. B. Jagic zum ord. Prof. in der phil. Fakultät der Universität hier selbst ernannt; und den Bau-Inspektoren Hugo von Kojanski in Berlin und John William Biew in Angermünde den Charakter als Bau Rath verliehen.

Der Zeichenlehrer August Gieseler zu Giesewitz ist zum Gewerbeschullehrer ernannt und an der R. Gewerbeschule zu Giesewitz angestellt worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Frankfurt a. M., 23. Septbr.** Für die von der Kaiserin zum Anfange des Oktobers hierher einberufene Versammlung der Vorstände des vaterländischen Frauenvereins sollen die Königin von Sachsen, die Königin von Württemberg, die Großherzogin von Baden und die Prinzessin Alice von Hessen ihre Theilnahme zugesagt haben.

**Mainz, 23. Septbr.** Das „Mainzer Journal“ veröffentlicht eine Erklärung katholischer Männer des Großherzogthums Hessen, welche behufs Besprechung der neuen heftigen Kirchengegensätze zusammengetreten sind. Dieselbe stellt eine energische Agitation gegen die Entwürfe in Aussicht. Auch würde man in Hessen den Entwürfen, sobald sie Gesetzeskraft erlangt hätten, denselben Widerstand entgegenstellen wie in Preußen.

**Hamburg, 23. September.** Gestern Abend um 11¼ Uhr fand in Sirell's Hotel das den Mitgliedern der österreichischen Nordpol-Expedition zu Ehren veranstaltete Festbankett statt.

Während desselben traf ein Telegramm von der Kaiserin Augusta aus Baden-Baden ein, in welchem Hochwürdigste die Nordpolfahrer zu ihrem durch große Hingebung, Ausdauer und Erfahrung erreichten Erfolge beglückwünscht. Nach Beendigung desselben brachte der Vorsitzende, Bürgermeister Kirchenpauer, den ersten Trinkspruch aus, welcher dem Kaiser Wilhelm galt. Die ganze Versammlung erhob sich und stimmte in den Toast ein. Sodann brachte der Syndikus Merd die Gesundheit des Kaisers von Oesterreich aus Schutzbath Harms (Hamburg) trank darauf auf das Wohl der Führer der Expedition, indem er die großen Verdienste derselben hervorhob. Wepprecht erwiderte: „Der erste Empfang auf deutschem Boden sei eine glänzende Belohnung gewesen, vor welcher alle Schrecknisse und Entbehrungen der Reise verschwinden. Dieser Empfang gelte auch denen, welche die Expedition veranlaßt hätten. Ein solcher sei aber nur in der Stadt möglich, in der die Achtung vor der Wissenschaft kein leeres Wort sei.“ Medner trank darauf auf das Wohl der Stadt Hamburg. Sodann ergriff Beyer das Wort. Er erklärte, noch niemals seien Männern so bedeutenden Verdienstes solche Ehren erwiesen, wie ihnen. Er schloß seine Rede mit einem Toast auf die früheren Nordpolfahrer, Goldewich und Hagemann. Herr Adolph Godoffroy gab im Namen der geographischen Gesellschaft der Freunde Ausdruck, daß es einem deutschen Hammbewohner Reiche vergönnt gewesen, in der Förderung der Interessen der Wissenschaft, der Schiffahrt und des Handels so Großes zu leisten; die neue politische Entwicklung habe beide Länder eng befreundet; die deutschen Bürger würden diese Freundschaft treu bewahren. Sein Toast gelte dem gesamten österreichisch-ungarischen Komite zur Unterstützung der Nordpol Expedition.

Heute Vormittag um 10 Uhr begann die Sitzung der geographischen Gesellschaft, in welcher nach einer einleitenden Rede des Vorsitzenden, Bürgermeister Kirchenpauer, Wepprecht detaillierte Mittheilungen über die Expedition machte.

**Dresden, 23. Septbr.** Die vierte allgemeine Konferenz für die europäische Gradmessung ist hier heute Vormittag durch den Vizepräsidenten der permanenten Kommission Dr. Bauernfeld eröffnet und seitens der sächsischen Regierung durch den Minister v. Friesen begrüßt worden.

**Osag, 23. Septbr.** Der König hat heute in feierlicher Audienz den neuernannten spanischen Gesandten, Herzog von Tetuan, empfangen. Der päpstliche Nuntius am bayerischen Hofe, Monsignore Bianchi, ist heute von hier nach München abgereist.

**Paris, 23. September.** Thiers hat gestern Abend seine Reise nach Italien angetreten. — Der bekannte Geologe Elie de Beaumont, Mitglied und seit 1853 beständiger Sekretär der Akademie der Wissenschaften ist gestorben. — Eine carlistische Depesche aus Tolosa vom gestrigen Tage meldet, die Carlisten hätten die Kirche und das Dorf von Vium mit dem Bajonet genommen und dabei 80 Gefangene gemacht.

**Marseille, 22. Septbr.** Das Kriegsgericht hat wegen der am 5. September 1870 vorgenommenen ungesetlichen Verhaftung einer Person, die in Folge der dabei erlittenen Mißhandlungen gestorben war, heute einen Angeklagten zu 15jähriger Zwangsarbeit verurtheilt.

## Der sogenannte dänisch-deutsche Konflikt.

Es gab eine Zeit in der man Dänemark und Preußen nicht in einem Athem nennen durfte, ohne daß die gesamte englische Presse wahre Wuthausfälle bekommen hätte. Man erinnert sich dessen noch, es sind ungefähr zehn Jahre seitdem verstrichen. Nun bricht sich aber der englische Nationalcharakter vor Nichts so leicht, als vor greifbaren Erfolgen — d. h. soweit die letzteren nicht etwa britische Interessen schädigen — folglich trat schon nach Beendigung des preussisch-österreichischen Krieges eine Art Umstimmung der englischen Journale zu Gunsten der Berliner Politik ein, während Deutschlands großartige Erfolge in Frankreich einen sehr wichtigen Faktor in der englischen

Politik, nämlich die „Times“, vollständig auf unsere Seite brachten. Kein aus Rücksichtsrückichten abgestimmte das Weltblatt ab und zu noch eine captatio benevolentiae an die verlassene große Nation, der Hauptsache nach aber hielt es sich zu Deutschland.

So standen die Sachen, als vor einiger Zeit seitens einer gewissen Coterie in Kopenhagen der Versuch gemacht wurde, die englische Presse auf's Neue da zu fassen, wo sie früher so leicht zu verlegen gewesen war: aus den bekannten Ausweisungen in Nordschleswig fabrizirte man die Ente, Deutschland resp. Bismarck — das enfant terrible — bereits durch ungerechtfertigte Uebergriffe Feindseligkeiten vor, die auf nichts Geringeres hinaus laufen sollten, als womöglich auf eine Annexion Dänemarks. Und dergleichen Blödsinn mehr.

Alle Liebe kostet nicht! denn siehe da, die englischen Zeitungen gingen wider Erwarten auf den Reim und bekamen es vermöge ihrer früheren Routine in dieser Sache bald fertig, eine dänisch-deutsche Frage zu kreiren. Pöblich war sie da, ohne das eigentlich Jemand recht wußte, woher sie gekommen und die gesammte deutsch-feindliche Presse im Auslande fiel pflichtgemäß über den verhassten „Friedensstörer“ in Berlin her. Die sonst so verständigen und allen Extravaganzen abholden Londoner „Daily-News“ hatten in Folge der Kopenhagener Schwindeltelegrame sogar den Ausbruch ernstlicher Mißheiligkeiten zwischen Dänemark und Deutschland für „wahrscheinlich“ und beschwören das Berliner Kabinett dem vorzubeugen, sich aller geflüsterten Verlegungen der dänischen Interessen zu enthalten!

Unter solchen Umständen will es uns angeeignet erscheinen, dem zur Beunruhigung Europa's absichtlich heraufbeschworenen Phanton: eines dänisch-deutschen Konflikts etwas näher zu treten und den Schleier zu lüften, mit welchem man wohlweislich die Genes aller albernen Gerüchte bedeckt hat, denen das Auftauchen jener Frage überhaupt zuzuschreiben ist.

Wie schon oben bemerkt, bildet die nothgedrungen erfolgte Ausweisung dänischer Unterthanen aus Nordschleswig den eigentlichen Ausgangspunkt der Alarmanachrichten, welche in dieser Sache ausgesprengt worden sind. Gleich nachdem die ersten Berichte über die betreffenden Vorkommnisse in den nördlichen Bezirken Schleswigs, mit zweckentsprechender Färbung des reinen Thatbestandes seitens der partikularistischen Partei in den Herzogthümern, nach Kopenhagen abgegangen, that sich die gesammte deutschfeindliche Liga zusammen, um ein weithin tönendes Klagegeschrei über deutsche Uebergriffe anzustimmen. Es ist für uns vollkommen unfähig, wie man sich, namentlich in England, darauf hin ohne Weiteres so tief in der Sache engagiren konnte, denn die englischen Blätter sind auf diplomatischen und völkerrechtlichen Gebiete verflucht genug, um zu wissen, daß die gesetzliche Ausweisung fremdländischer Unterthanen aus Deutschland jeder Zeit, selbst ohne Angabe von Gründen erfolgen kann, ohne daß die diplomatischen Beziehungen zu dem Staate, welchem die Ausgewiesenen angehören, auch nur entfernt tangirt werden. Ferner konnten die englischen Zeitungen, wenn sie nicht eben den Kopenhagener Sensationsnachrichten mehr Glauben beigemessen hätten, als den deutschen Berichten, recht gut wissen, daß im vorliegenden Falle Deutschland im Interesse des guten Einvernehmens mit Dänemark mehr gethan hat, als nothwendig gewesen wäre. Wie oft ist deutscherseits von kompetenter Stelle aus öffentlich versichert worden, daß jene Ausweisung dänischer Unterthanen aus Nordschleswig lediglich wegen fortgesetzter Umrirde jener Leute gegen Deutschland erfolgt sei. Gleiches hat man in zartfühlender Weise diplomatisch nach Kopenhagen notifizirt. Soll Deutschland nicht etwa das Recht haben, seinen Boden von ausländischen Elementen zu reinigen, die innerhalb der deutschen Marken ganz ungenirt gegen das Reich konspiriren? Kann aus den in dieser Sache getroffenen Maßregeln auch nur mit einiger Wahrscheinlichkeit das Vorhandensein einer feindseligen Stimmung des Berliner Kabinetts gegen das Kopenhagener abgeleitet werden? Gewiß nicht und es gehört die ganze vernunftlose Verbissenheit eines Chauvinisten dazu, hier Geispenster zu sehen.

Das Beste an der ganzen Geschichte ist aber jedenfalls, daß man laut Versicherung offizieller Kopenhagener Telegramme am dortigen Hofe die Sensationsartikel der englischen Presse mit großem Erstaunen gelesen hat und sie vollkommen desavouirt. Seit der Dreikaiserzeit, seit dem Besuche des dänischen Kronprinzen in Berlin, seit der nahezu enthusiastischen Aufnahme der „Niobe“ in Kopenhagen, seit — der Vollständigkeit halber sei's erwähnt — der Affaire des Ingenieur Richard Günther aus der Provinz Posen, ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß man in den leitenden und höchsten Kreisen Kopenhagens jede Hezerei gegen Deutschland tief beklagt.

Wir g'auen, das Geseigte werde genügen, die ungeheuerliche Ente der englischen Presse von einem bevorstehenden dänisch-deutschen Konflikt in den Augen unserer Leser auf ihren wahren Werth zurückzuführen.

H.

## Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 23. September.

— Bekanntlich hat die königliche Regierung zu Potsdam generell angeordnet, daß die am 27. d. M. kirchlich in Berlin aufgeborenen Personen am 1. Oktober von den Standesbeamten von Amtswegen aufgeführt werden sollen, die dann bereits, je nachdem sie kirchlich dreimal, zweimal oder einmal aufgeführt waren, am 3., 5. oder 12. Oktober die Ehe schließen können. Dem Vernehmen der „N. Btg.“ nach hat der Minister des Innern diese Anordnung nicht gebilligt, da sie auf Grund des Gesetzes nicht er-

lassen werden könne und sogar gegen dasselbe verstoße, das Gesetz gestatte der Aufsichtsbehörde nur in einzelnen Fällen und nicht allgemein die Aufgebotsfrist zu verkürzen. In Folge dieser ministeriellen Entscheidung sollen der königlichen Regierung jetzt die einzelnen Personen, welche am 27. September aufgeboren worden und vor dem 15. Oktober die Ehe schließen wollen, namhaft gemacht werden, damit die Dispensation für jedes einzelne Brautpaar ausgesprochen werden kann.

— Von dem Geh. Reg.-Rath Stieber geht der „Voss. Btg.“ das nachstehende Schreiben zu:

„Aachen, den 20. September 1874, Quirinus-Bad. In den Zeitungen wird die Nachricht verbreitet, daß ich in Aachen im Geraden läge; auch die „Vossische Zeitung“ hat bereits wiederholt sich mit meinem Nachlaß beschäftigt. Allerdings bin ich seit mehreren Monaten von einem Gichtleiden befallen, aber mein Zustand ist durchaus kein gefährlicher, ich bin in keinem Augenblick unfähig für Dienst oder Privatgeschäft gewesen, und die Aachener Quellen leisten mir so vortreffliche Dienste, daß ich baldige vollkommene Genesung erwarten kann. Ich bitte daher die verehrliche Redaktion, mich durch Abdruck dieser Erklärung gefälligst wieder in das Reich der Lebendigen zurückführen zu wollen. Stieber, Dr. jur., Geheimer Regierungsrath.“

— Anlässlich der gerichtlichen Verhandlung gegen Herrn v. Gerlach ist bekanntlich die Frage in der Presse diskutiert worden, ob mit Recht Verfolgungen von Preferenzen auch an anderen Orten als demjenigen des Erscheinens angeordnet werden können. General-Staatsanwalt Dr. Schwarze in Dresden hat nun eine Erläuterung zum deutschen Pressgesetz im Verlage von Palm und Enke in Erlangen herausgegeben. Herr Schwarze war bekanntlich bei der Beratung dieses Gesetzes in hervorragender Weise theilhaft und seinem Kommentar darf daher wohl voller Anspruch auf Beachtung zustehen. Ueber die Frage, wo Pressvergehen zu verfolgen sind, sagt Dr. Schwarze: „Der Ausgangspunkt eines Preferenzvergnisses ist der für den Gerichtsstand maßgebende Ort. Wenn das Preferenzvergnisse bei der Verbreitung an andere Orte gelangt, so kann es daselbst weder vollendet, noch fortgesetzt werden. Es folgt hieraus, daß der Gerichtsstand am Orte der Ausgabe, nicht aber am Orte der Beschlagnahme begründet ist.“ Darnach wäre in dem oben erwähnten Prozesse das hiesige Gericht gar nicht zuständig gewesen. Jedenfalls wäre es wünschenswert, daß über diesen Punkt eine maßgebende Deklaration erfolge.

— Die in großer Zahl bei der Admiralität eingegehenden Anfragen wegen der Bedingungen, unter welchen die Aufnahme junger Leute in die Schiffsjungen-Abtheilung erfolgen können, beweisen, daß das Publikum in dieser Beziehung sehr wenig orientirt ist. Es wird daher am Orte sein, zu bemerken, daß die Aufnahme in die Schiffsjungen-Abtheilung nur solchen jungen Leuten gestattet wird, welche nicht unter 15 und nicht über 17 Jahre alt, kräftig gebaut sind, gutes Auge und Gehör besitzen, gut lesen und schreiben können und die vier Species inne haben. Die Abtheilung hat den Zweck, Matrosen und Unteroffiziere für die I. Marine auszubilden, wozu eine dreijährige Lebrzeit gegeben wird. Nach Vollendung derselben erfolgt der Eintritt in die Matrosenabtheilung, in welcher die Schiffsjungen, abgesehen von der Ableistung der allgemeinen dreijährigen Dienstzeit, je zwei Jahre für jedes Lebrjahr zu dienen haben. Die Aufnahme in die Abtheilung und die Ausbildung ist mit keinerlei Kosten verknüpft, und da eine Unteroffiziersstelle, incl. der Dienst- und Fahrzulagen, eventuell eine monatliche Entlohnung von 40 Thalern gewährt, so bietet der Eintritt in die Schiffsjungen-Abtheilung verhältnismäßig sehr günstige Chancen dar.

**Neustadt i. B., 22. September.** Die „Sp. Btg.“ schreibt: Die Ausweisung der „Reformaten-Mönche“ ist Neustadt in Westpreußen ist bevorstehend. Dieselben üben in gesetzwidriger Weisepfarramtliche Funktionen. Das dortige Kloster ist längst säkularisirt und gehört das Gebäude jetzt der Schulgemeinde. Dagegen hat man, statt die alten Reformaten ruhig aussterben zu lassen, im Stillen immer neue importirt und jetzt auch sogar, natürlich unter der Firma eines Privatmannes ein neues Gebäude aufgeführt, welches als Kloster, d. h. als Aufenthalt der Mönche, dienen sollte. Die Ausweisung wird dem ein Ende machen.

**Kiel, 22. Sept.** Die Reise, welche der deutsche Kaiser zur Abhaltung von Truppenmusterungen durch den nordwestlichen Theil des Vaterlandes unternommen, hat am Sonntag in der Kieler Festlichkeiten ihren Abschluß gefunden. Hier wie in Hannover hat es nicht an deutsch-patriotischen Kundgebungen gemangelt. Aber dem Schluß der Kaiserreise eignet eine weitaus größere und allgemeinere Bedeutung, als dem Händoverschen Aufenthalt. Kiel, die wichtigste und einflußreichste Stadt der Elbherzogthümer, in den dänischen Zeiten auch die oppositionskräftigste und später noch lange die spezifisch anti-preussische, hat dem Kaiser eine Aufnahme bereitet, welche zum Mindesten aufs deutlichste beweist, daß die Anhänglichkeit an das gemeinsame Vaterland dort heute ebenso fest wurzelt wie nur irgendwo sonst auf deutscher Erde und daß wo noch Wünsche in heller Stimme laut werden, diese nicht aus systematischer Oppositionslust, welche sich selbst Zweck ist, sondern aus ernstlicher Ueberlegung und aus den Bedürfnissen der Bevölkerung entspringen. — Wir geben zur Ergänzung der bisherigen Mittheilungen folgenden Bericht der „Kiel. Btg.“ über den am 20. Vormittag im gelben Saale des Schlosses zu Kiel stattgefundenen großen Empfang:

Zuerst führt der Herr Oberpräsident dem Kaiser und Königin den ständischen Aufschau der Provinz vor, in dessen Namen der Landtagsmarschall Graf Emil Rantzau-Mastorf Se. Maj. begrüßte. Er gab die Versicherung, daß die Provinz treu stehe zu dem Kaiser und seinem Hause und daß sie dies auch dann beweisen werde, wenn wieder Opfer gefordert werden sollten. Hierauf sprach Graf Adolf Reventlow-Wittenberg, der Vertreter des Klosters Ikehoe, Namens der Prälaten und Mitterschaff. Der Regierungspräsident Bitter führte die anwesenden Mitglieder der königlichen Regierung, der Präsident Ebert die Mitglieder der Justizbehörden dem Kaiser vor. Mit kurzer Anrede begrüßte darauf der Rektor der Universität Professor Dr. jur. Meurer den Kaiser, der ja für unsere Hochschule so Vieles und Großes gethan



hat und ist freundlich und halbvoll die Begegnung erwiderte. Darauf hat der Herr Universitätskurator den Kaiser, die vier (im studentischen Wids) anwesenden Deputierten der Studentenschaft gütigst empfangen zu wollen. Studiosus der Medizin Reintke, ein Mitkämpfer des großen Krieges, sprach den ehrfurchtsvollen Dank aus, daß Se. Majestät die Huldigung der akademischen Jugend entgegenzunehmen geruht habe. Freundschaft unterhielt sich der Kaiser mit jedem Einzelnen, fragte Herrn Reintke nach den Scholien, an welchen er betheilig gewesen, die übrigen Herren nach ihren Studien und äußerte sich sehr befriedigt, als er von zwei anwesenden Thologen erfuhr, daß in unserer Provinz keineswegs in gleichem Maße, wie in anderen Provinzen, das theologische Studium abgenommen habe. Allen sprach er den Wunsch auf gute Erfolge ihrer Studien und die Erwartung aus, daß sie dereinst tüchtige Staatsdiener werden möchten. — Von der Universität wendete Se. Majestät sich zu den Geistlichen. Der Konfistorialpräsident Dr. jur. Mommen stellte die Mitglieder des königlichen Konfistoriums vor und sprach Namens der drei jüngst ernannten neuen Mitglieder (Prof. Dr. Weiß, Propst Schwarz, Pastor Clausen) den Dank derselben für die Berufung aus. Auch die Kieler Prediger wurden vorgeführt, und der Kaiser nahm von dem Vornamstagsgottesdienst, der allerdings zahlreich besucht gewesen sei, Anlaß, sich nach dem kirchlichen Leben der Gemeinde Kiel zu erkundigen. Als Generalsuperintendent Jensen berichten konnte, daß die Kirchlichkeit sich gehoben habe, wünschte Se. Majestät daselbst für unsere Landeshauptstadt und sprach seine Freude aus, daß die schlesische holsteinische Geistlichkeit zum universitären Worte Gottes stehe, worauf doch alles ankomme. Nachdem der Kaiser, trotz kurz bemessener Zeit, so eingehend sich geäußert, wandte er sich zu den Deputationen der Städte, deren nicht weniger als 27 solche gesandt hatten. Der Herr Oberpräsident stellte die Deputationen aus je 2-4 Mitgliedern der resp. Stadtcollegien bestehend, vor und Bürgermeister Chemnitz aus Hadersleben hielt dann eine Ansprache etwa folgenden Inhalts: „Majestät! Von diesen Deputierten ist dem Führer der Deputation aus der Stadt Hadersleben der ehrenvolle Auftrag geworden, der großen Freude Ausdruck zu geben, welche über die Anwesenheit Ew. Majestät in unserer Provinz, von der südlichsten Grenze bis zum nördlichsten Flecken Christiansfeld, der gleichfalls einen Deputierten hierher sandte, sich äußerte und zugleich Ew. Maj. die Versicherung treuester Anhänglichkeit, so wie die froheste Begegnung, darüber auszusprechen, daß wir mit der preussischen Monarchie dauernd vereinigt sind und an den reichen Segnungen dieser Verbindung theilnehmen. Einen gnädigen Beweis dieser Segnungen hat insbesondere auch die Stadt Hadersleben kürzlich erfahren, indem Ew. Majestät unserem Hafenwesen und damit unserem ganzen sich jetzt wieder lebenden Handel und Verkehr so wesentliche Beiträge allernachst bewilligt haben. Genehmigen Ew. Majestät auch hierfür den allerunterthänigsten Dank.“ Der Kaiser erwiderte in wenigen, aber huldvollen Worten, danke für die ihm ausgesprochene Genußnahme der Anhänglichkeit und Treue und sprach die Hoffnung aus, daß sich Alles aufs Beste gestalten werde. Bei der Vertretung der Stadt Kiel richtete Se. Majestät die launige Frage an den Herrn Bürgermeister Mölling, ob er sich gut mit dem Stadtverordneten-Kollegium stehe. Auf die bejahende Antwort bemerkte der Kaiser lächelnd: „Ja, rathe ihnen, auch gute Beziehungen mit dem Stadtverordneten-Kollegium zu pflegen, denn das ist ihr Parlament.“ Se. Majestät entließ die Anwesenden mit etwa folgenden Worten: „Er danke für die vielen Beweise der Anhänglichkeit und Liebe. Die Art und Weise, wie man hier und in der ganzen Provinz ihm entgegengekommen sei, hätte seinem Herzen sehr wohl gethan. Er wisse allerdings, daß diese Aufnahme mehr der Sache, als der Person gelle. Doch die großen Ereignisse, welche vorgegangen seit seinem letzten Besuche, hätten dazu beigetragen, die Herzen der Provinz ihm zugewenden, dem Werkzeuge, durch welches Gott so große Dinge gethan habe. Wenn jemand das Glück beschieden sei, so große Dinge zu vollziehen, so müsse er zugleich dankbar sein gegen alle diejenigen, welche mitgeholfen, solche Erfolge zu erzielen. Hiermit schloß der Empfang, der in allen Anwesenden das lebendigste Gefühl der Verehrung und Liebe für unseren theuren Kaiser und König zurückließ.“

**Breslau, 22. September.** Die erste Leichenverbrennung wurde, wie die „Schles. Bzt.“ meldet, heute Nachmittag in der städtischen Gasanstalt im Beisein des königl. Polizeipräsidenten Freiherrn v. Ullrich-Gleichen, sowie mehrerer Aerzte und Naturforscher ausgeführt. Die Leiche einer alten, im Hospital verstorbenen Frau, welche keine Angehörigen hinterläßt, war zu diesem Veruche von der Hospitalverwaltung überwiesen worden. Etwa eine Stunde, nachdem der entseelte Körper in den Gasofen eingeführt worden war, zeigte sich das Werk der Auflösung als vollzogen.

**Kassel, 20. September.** Zum zweiten Male hat jetzt Fürst Bismarck gegen die Redaktion der reichsdeutschen, insbesondere fürstlich getauften „Heftischen Blätter“ in Welfungen einen Strafbescheid erlassen. Die erhobene Anklage bezieht sich auf einen Artikel in der Nr. 108 des genannten Draats, in dem das Rüssinger Attentat besprochen und der politische Mord als „Frage des Gewissens“ behandelt wird. Bereits wurden die vorgefundenen Exemplare konfiskirt, während die Hausdurchsuchung nach dem Manuskript vergeblich blieb. Der seit dem 15. Mai in Ehrenbreitstein internirte gewesene Herausgeber der „Heft. Blätter“, Hopf, ist am 15. d. M. seiner Haft entlassen worden.

**Wiesbaden, 22. Septbr.** Wie der Telegraph gemeldet, hat der Kaiser den französischen Abbe Augustin, der vor einiger Zeit auf einem Rheindampfer in der Nähe von Biberich die preussische Politik mit französischer Unbefangenheit nach seiner Weise anzulegen sich herausnahm und der deshalb vom Kreisgericht zu Wiesbaden verurtheilt wurde, begnadigt. Der Kaiser soll dabei, mit Bezug auf die bekannten Schmähungen französischer Heißsporne, geäußert haben: er wolle nichts von anderen Deutschen voraussetzen; nur wünsche er, daß ihre Zeitungen maniertlicher von uns reden möchten. Dies Wort wird für unsere Offiziellen wohl nicht verloren sein. Am 20. d. ist der Pfarrer Augustin Louis von hier abgereist. Die Begnadigung wurde nach dem „N. N.“ von demselben nicht auf dem üblichen Wege nachgefragt, sondern durch Vermittelung der französischen Botschaft und des Marschall-Präsidenten Mac Mahon erreicht. Vor seiner Abreise von hier machte Herr Louis in Begleitung eines hiesigen Bürgers noch einen Rundgang durch die Stadt, von der er trotz siebenwöchentlichem Aufenthalt in derselben nichts gesehen hatte. Pfarrer Louis sprach sich auch über seine Behandlung seitens des hiesigen Gerichtspersonals und insbesondere über die ihm gewährte Erleichterung und Bequemlichkeit in dem Haftlokal sehr anerkennend und befriedigend aus. Auf die Behandlung, welche ihm in Mainz zu Theil geworden, war er dagegen nicht gut zu sprechen.

**Brüssel, 20. Septbr.** In der Gegend von Berviers scheint es mehr und mehr Sitte zu werden, den Streit zwischen Liberal und Merkmal durch schlagende Argumente zum Austrag zu bringen. Vor einigen Monaten gab der Bürgermeister von Berviers einem Merkmalen Gemeinderaths-Mitgliede, daß ihn während der Verhandlungen persönlich beleidigt hatte, nach aufsehender Sitzung, aber im Sitzungssaal und vor allen Gemeindevorsetzern, Mauthschellen. Der Sohn des verstorbenen Deputierten David traktirte vor Kurzem den Dekanaten von Limberg, der von der Kanzel herab das Andenken seines Vaters beschimpft hatte, beim Ausgang aus der Kirche öffentlich mit Peitschenhieben. Jetzt hat auch der Gemeinde-Rath von Herbe seine handareißlichen Debatten gehabt, indem der Bürgermeister Demande richtete mit dem Merkmalen Gemeinderathsmitgliede, Friedensrichter Desjoe, geraußt und auf dem Boden gewälzt hat. Die Provokation ging in

jedem dieser Fälle von einem Merkmalen aus, und man kommt fast in Versuchung zu glauben, daß es Plan und Absicht ist, die verfassungsmäßigen Institutionen zu diskreditiren und Symptome der Anarchie hervorzuheben.

**Aus Bern** wird vom internationalen Postkongress gemeldet, daß er mit seiner Berathung des allgemeinen Postvereins-Vertragsentwurfs bis zum neunten Artikel gelangt, welcher der wichtigste des Entwurfs ist, weil er jede Abrechnung der verschiedenen Postverwaltungen unter sich und jede Transittaxe aufhebt. Wenn auch, meint hierzu die „Schw. Bzt.“, über den ersten Punkt eine Verständigung keine Schwierigkeit zu bieten scheint, so ist dies doch mit dem letzteren der Fall, da gewisse Länder, welche mehr als andere dem Transit dienen, sich durch die Aufhebung jeder Transittaxe benachtheiligt sehen. Zu diesen Ländern gehört namentlich auch die Schweiz; da der Posttransit mit den gleichen Transportmitteln, welche für den internen Dienst dienen, besorgt wird, somit keine Vermehrung der Kosten stattfindet, dürfte aber auch hinsichtlich dieses Punktes der Widerstand der beteiligten Staaten nicht zu groß sein. Anders verhält es sich freilich mit dem Transit zur See. Diese Frage soll die meisten Schwierigkeiten bieten, namentlich da Frankreich und England auf dem Kongress nur ad referendum vertreten sind und somit Belgien allein die Last der Diskussion über diesen Punkt trägt. In der Unterkommission, welche sich mit dieser Frage zu beschäftigen hat, ist Belgien eine Entschädigung für seinen Dienst von Ostende nach Dover geboten worden; dieselbe soll jedoch im Verhältniß zu dem, was Belgien jetzt von diesem Dienst einnimmt, so niedrig gestellt worden sein, daß sich die belgischen Vertreter geneigert haben, darauf einzugehen.

**Madrid.** Vom Kriegsschauplatz wird gemeldet, daß Don Carlos vor einigen Tagen sein Hauptquartier verlassen und sich an die Spitze des linken Flügels seiner Truppen gestellt habe. Es ist wahrscheinlich, daß die gesammte carlistische Streitmacht an jenem Tage unter den Waffen stand, mit der Absicht, die Bewegungen des Generals Moriones zu hindern, der an der Spitze von circa 14,000 Mann den Versuch machte, eine zur Brebantirung von Pampelona bestimmte Kolonne zu eskortiren. Der Anblick der starken carlistischen Streitkräfte scheint indes den General abgeschreckt zu haben, denn er zog sich auf Tafalla zurück. Aus anderer Quelle kommt die Nachricht, daß Don Carlos einige guipuzcoanische Bataillone herangezogen hat in der Absicht, seine gesammten Streitkräfte um Pampelona zu konzentriren, sei es, daß er die Hauptstadt von Navarra zu blockiren, sei es, daß er sie zu bombardiren gedenkt. Es steht demnach entweder der Fall von Pampelona, dessen Vorräthe knapp zu werden beginnen, in Aussicht, oder aber ein entscheidendes Zusammentreffen zwischen den Carlisten und Moriones, falls letzterer etwa versuchen sollte, der belagerten Stadt zu Hülfe zu eilen.

## 47. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte.

Breslau, 23. September.

Sektion für öffentliche Gesundheitspflege.

Die wiederum zahlreich besuchte 3. Sitzung der Sektion wurde durch Dr. Sachs geleitet. Der Vorsitzende trägt zuerst den in der hygienischen Sektion der 47. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte von dem Geh. Med.-Rath Prof. Beneke (Marburg) am 21. September vorgelegten Entwurf zu einer Petition an den deutschen Reichstag, die Herbeiführung eines Leichenschau-Gesetzes für das Deutsche Reich betreffend, vor. Derselbe lautet:

„In Erwägung, daß durch das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung in Preußen in der Fassung, wie es von den gesetzgebenden Faktoren angenommen ist, die Hofnung, in den Besitz einer praktisch und wissenschaftlich brauchbaren Mortalitätsstatistik für Deutschland zu gelangen, von Neuem hinausgeschoben ist;

„in fernerer Erwägung, daß sich die Nothwendigkeit des Besizes einer solchen Mortalitätsstatistik für Deutschland für alle Werke der öffentlichen Gesundheitspflege in immer dringenderer Weise fühlbar macht und ohne eine solche einer großen Anzahl hygienischer Fragen der sichere Boden fehlt;

„in Erwägung, daß Deutschland in Bezug auf die Mortalitätsstatistik in bezugenswerter Weise noch immer weit hinter anderen Ländern (England, Holland, Belgien u. a.) zurücksteht;

„in Erwägung endlich, daß nach einmüthiger Prüfung der Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern eine brauchbare Mortalitätsstatistik nur auf Grund einer allgemeinen, gesetzlich vorgeschriebenen Leichenschau und einer Eintragung der Todesursachen in die Leichenscheine durch die behandelnden Aerzte, soweit die Todesursachen überhaupt zur ärztlichen Cognition gekommen sind, zu erlangen ist: ersuchen die Unterzeichneten einen hohen Reichstag, auf Erlaß eines Reichsgesetzes hinzuwirken, wonach eine allgemeine Leichenschau durch wohlqualifizierte und besonders konfessionirte Leichenschauer in sämtlichen Bundesländern Deutschlands eingeführt und die Leichenschauer verpflichtet werden, in jedem Falle für die möglichst genaueste Ermittlung der Todesursachen und zwar wo immer thunlich, für Eintragung derselben in die Todesbescheinigungen durch die behandelnden Aerzte, Sorge zu tragen.

Eventuell ersuchen dieselben, darauf hinzuwirken, daß für ganz Deutschland ein gleichartiges Schema für die ausstehenden Todesbescheinigungen eingeführt wird und daß diese sämtlichen Todesbescheinigungen schließlich bei den statistischen Bureau's in den einzelnen Bundesländern gesammelt, gleichmäßig bearbeitet und nach ihren Resultaten alljährlich bis zu einem bestimmten Termine veröffentlicht werden.“

Der Vorsitzende ist, nachdem eine Generaldiskussion abgelaufen worden war, folgende Punkte der Petition zur Erörterung: Erachtet die Versammlung die gesetzliche Einführung einer Todtenschau für notwendig und soll eine allgemeine Norm für Konstatirung der Todesart hergestellt werden?

Geh. Sanitätsrath Barrentrapp (Frankfurt a. M.) weist darauf hin, daß die Ursache, warum von einzelnen Orten unter, von andern sehr wenig genügendes Material für die Statistik geliefert werde, wesentlich mit darin zu suchen sei, daß man den Dörfern und kleinen Städten bei dem Mangel geeigneter Kräfte in denselben eine zu große Last auflege, wenn man von ihnen fordere, daß sie in gleicher Weise wie die großen Städte ihre Statistik besorgen sollen. Das Gesetz wird daher auch einen Unterschied in Bezug auf die Leistungen beider Kategorien von Orten zu machen haben; denn wollte man etwa einen mittleren Durchschnittssatz annehmen, so beruhte man sich durch eines sehr schätzenswerthen Materials, wie es große Städte bereits liefern. In Frankfurt a. M. finden sämtliche Todtenschauren durch den Arzt, d. h. den Pfarrer, statt und es kommen kaum 1 bis 2 pCt. auf solche, bei denen diese Schau nicht stattgefunden hat. Dadurch wird auch erfolgreich der „Engelmaacher“ vorgebeugt, denn da derselbe eine Art die Leichenschau hält, wird er natürlich da, wo ihm wiederholte Todesfälle bei einer und derselben Pflanzfrau entgegenstehen, den Ursachen des Ablebens besonders nachforschen. In anderen Orten wählen jene Frauen wohlbedacht für jedes Kind einen anderen Arzt. Auch ist die Seizung der Leichen in Frankfurt a. M. bereits derart üblich, daß 41 bis 45 pCt. der Verstorbenen seziert werden; selbst die orthodoxen Juden schließen sich nicht davon aus. Von diesen Erwägungen ausgehend, unterstützt Redner die Annahme der vorgeschlagenen Petition.

Dr. Albu (Berlin) beschreibt die Einrichtung der Todtenscheine in Berlin und Breslau; er hält dieselben für ausreichend, um bei entsprechender Auslegung das wünschenswerthe statistische Material zu bieten. Anders sei es auf dem Lande, wo von irgend Jemandem dem Friediger Anzeige von dem Ableben eines Menschen gemacht wird, ohne daß dabei irgendwelche beurkundete Angabe über die Todesart eintritt. Die Todtenschau muß auch auf dem Lande durch den Arzt vorgenommen werden und da dies zur Zeit mit den vorhandenen Mitteln nicht möglich, so muß Selbsthilfe eintreten, wie sie z. B. der niederrheinische Gesundheitspflege Verein ausübt.

Nachdem noch Professor Dr. Börner in überzeugender Weise die Gründe dargelegt, welche für Annahme der vom Geh. Rath Beneke vorgelegten Petition sprechen, wird dieselbe von der Versammlung nahezu einstimmig angenommen. Im Anschluß an diese Angelegenheit wurden die Forderungen, welche an die Lebensversicherungs-Gesellschaften in Bezug auf die Forderung der Mortalitätsstatistik zu stellen, durch Annahme folgender Erklärung erledigt:

„Die Versammlung der Sektion für öffentliche Gesundheitspflege hält es für dringend wünschenswert, bei dem Erlasse eines neuen Versicherungsvergesetzes den deutschen Lebensversicherungsanstalten die Verpflichtung aufzulegen, gleichartige, nach bestimmt vorgeschriebenen Normen abgefaßte alljährliche Zusammenstellungen des statistischen Materials der deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften hinsichtlich der Todesursache ihrer Versicherten zu veröffentlichen.“

Es folgt nunmehr der Vortrag des Generalarztes Dr. Roth (Dresden) über: Welche Grundzüge hat die öffentliche Gesundheitspflege bezüglich der Beurtheilung der Begräbnisplätze zu accoptiren, resp. in der Geseckgebung zur Geltung zu bringen?

Redner beipflichtet einleitend die beliebende Form der Bestattung von Leichen, die Nothwendigkeit der Einführung obligatorischer Leichenschauen und den Bau von Leichenhäusern, welcher als erstes Ziel erreicht werden muß. Er wendet sich dann zu den Kirchhofsschädlichkeiten: die Verletzung der Leichen im Boden und bespricht eingehend den Einfluß, welchen diese Verletzung der Leichen als Fäulnis und Verwesung (nach Bettendorfer) auf das Wasser, die Luft und die Erde ausüben.

Der Einfluß, den Stoffe, die sich zerlegen, auf das Wasser ausüben, steht vollkommen fest. Besonders gefährdet ist durch die Anlage von Kirchhöfen das Grundwasser, mit seinem Steigen kann es die Leichen erreichen und dieselben auflösen. Je tiefer es liegt, um so bedeutender ist der Weg der Aufschlagswässer. Die thatsächliche bedeutende Verunreinigung des Wassers ist namentlich beim Drainiren von Kirchhöfen beobachtet worden. Dessenungeachtet giebt es genug Kirchhöfe, auf denen das Wasser relativ ganz rein und mindestens bedeutend reiner ist, als das Wasser der mit Abfallwässern in Verbindung stehenden Bächen.

Die Ursache hierfür liegt in dem Baue, den das Unterwasser nimmt. Wird die Verunreinigung des Wassers durch Kirchhöfe gegeben, so darf ihr gegenüber doch auch nicht außer Betracht bleiben die große Menge anderer animalischer Substanzen, die auf und in der Erde verwest, eine Menge, gegen welche die Zahl der Leichen der Kirchhöfe gar nicht so bedeutend ist.

Der Einfluß der Kirchhöfe auf die Luft ist nicht wegzuzugnen. Die Leichengase der beatteten Leichen werden nicht durch den Boden absorbt, sie steigen aus demselben und bilden über dem Grabe ein Gemenge von der ungefähren Dichtigkeit der atmosphärischen Luft. Was sie an schwererer Kohlensäure mehr als diese besitzen, gleicht sich aus durch die Menge des leichteren Kohlenwasserstoffes. Die Schädlichkeit sinkender Gasgemenge ist bekannt, aber sie muß von Cloakenarbeitern, Darmfaltenmachern und vielen Anderen ertragen werden und Studirende der Medizin befinden sich in den Hörsälen der Anatomie verhältnismäßig wohl! Vergiftungen durch Kirchhofsgase sind wohl bekannt, aber nicht konstant; sie werden eintreten, z. B. bei Öffnung langer verschlossener gebaltener Gräber; im Allgemeinen ist die Kirchhofsluft nicht schädlich; an manchen Orten sind sie die Vereinigungspunkte munteren Lebens. Die Gründe für die geringere Schädlichkeit der Kirchhofsluft bestehen nach Bettendorfer in der enormen Verdünnung der Leichengase. Nach Fleck befindet sich, wie angeführt, Veruche in künstlichen Gräbern dargelegt haben, in dem Leichengase nur Kohlensäure, keine Spur von Ammoniak und Schwefelwasserstoff. Sinkende Bestandtheile fanden sich im Wasser. Hiernach wird der nachtheilige Einfluß der Kirchhöfe auf die Beschaffenheit der Luft im Allgemeinen abgemindert.

Für die positive Beantwortung der Frage, welchen nachtheiligen Einfluß die Kirchhöfe auf den Boden ausüben, fehlt es an allem Anhaltspunkt. Welcher Grad des Einbringens verwesender Stoffe bis zu seiner Sättigung nothwendig ist, läßt sich nicht sagen, ohne die Beschaffenheit des Bodens in Betracht zu ziehen, und diese ist eine sehr verschiedene. Bei Erdsohlen ist Erde, mit 1/2 pCt. Excrementen gemengt, noch wirksam. Die Grenze der Sättigung muß im Allgemeinen dahin festgestellt werden, daß der Boden beim Aufgraben nicht riecht und auch nach keine sinkenden Gase entweichen läßt. Der Boden wird unbrauchbar für Begräbniszwede, wenn er mit organischen Stoffen gesättigt ist.

Daher ist ein Begräbnisturnus auf den Kirchhöfen eingeführt, der in verschiedenen Ländern zwischen 5-60 Jahren variiert. Bei Sand werden 10 Jahre, bei feinsandigem Lehm 20 Jahre, bei dichtem Lehm 30 Jahre für den Begräbnisturnus sich empfehlen.

Welche Anforderungen sind nun an gesetzliche Bestimmungen in Bezug auf die Beurtheilung der Begräbnisplätze zu machen? Redner charakterisirt dieselben dahin: Jede Kirchhofsanlage ist individuell zu behandeln; es ist daher vor jeder solchen Anlage ein genauer Situationsplan mit Feststellung der undurchlässigen Schichten einzurichten. Um jeder Gefahr zu entgehen, sind Probegräber anzulegen und genau zu beobachten. Zum Schutze gegen die Wasserverunreinigung ist zu fordern: ein Tieferlegen des Grundwassers — wenn dies möglich ist — durch Drainiren; Verlängerung des Weges für die Aufschlagswässer eventuell durch Aufschüttung von Hügel über den Särgen; Erlaß bestimmter Vorschriften für die Benutzung der Kirchhöfe (es muß z. B. gefordert werden, daß auf hügeligem Terrain der Friedhofes die niedriger gelegenen Theile derselben zuerst belegt werden, weil bei umgekehrtem Verfahren, die erst später geöffneten unteren Gräber bereits verunreinigt wären.)

Bezüglich des Schutzes gegen die Verunreinigung der Luft durch Anlage von Kirchhöfen lassen sich wenige gesetzliche Bestimmungen treffen; es wird jedoch ausgesprochen werden müssen, daß die Kirchhöfe — so weit dies immer möglich — hoch angelegt werden müssen, und es wird die bereits getroffene Bestimmung, daß die Gräber nur in gewisser Distanz von einander angelegt werden dürfen, zu strikter Durchföhrung gelangen müssen. Zur Kontrolle der Bodenverunreinigung ist nothwendig: der Ausschluß von Massengräbern; die Feststellung eines gewissen Begräbnisturnus je nach der Bodenschaffenheit; Schließung des Kirchhofes wegen Ueberladung des Bodens.

Nach kurzer Debatte, in welcher auch die Frage wegen Anlegung von Gräbern und die Zuverlässigkeit derselben berührt und letztere vom dem Referenten verneint wird, schließt die Versammlung sich den Ausführungen des Referenten an.

Sieauf wurde um 5 1/2 Uhr die Sektionsitzung geschlossen.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. September.

r. Der Oberbürgermeister Kohleis ist am Dienstage nach Danzig gereist, um die dortigen Kanalisationsanlagen selbst in Augenschein zu nehmen.

r. In der Stadtverordneten-Versammlung am 23. September waren anwesend 20 Mitglieder; der Magistrat war vertreten durch den Bürgermeister Gerke und die Stadträthe Annas, Bielefeld, Chlebowski, Rump, Stempel. Den Vorsitz führt Justizrath Pils.



rer Zeit bereits auf seinen Sohn übergegangen ist. Der Verstorbene zählt zu den hervorragendsten Kaufleuten Berlins.

\* **Geheimer Kommerzienrath F. W. Reimann** †. Gestarb in Berlin in hohem Alter der Geheime Kommerzienrath F. Reimann, der frühere Chef der gleichnamigen Firma, die seit 18



Druck und Verlag von W. Decker u. Comp. (G. Köstel) in Posen.